



Es gibt eine Plattform, um illegale Inhalte im Internet zu melden, aber nichts, um ihre Entfernung zu fordern. Wie kann die Regierung angesichts des Online-Hasses handeln?

In der Anonymität des Internets rechtfertigen oder verherrlichen Hunderte von Kommentaren die Tat des Terroristen, der am Freitag, dem 16. Oktober, Samuel Paty tötete. Alle Plattformen sind betroffen: Facebook, Youtube und Twitter. Eine Welle des Hasses, der die Regierung ein Ende setzen will: „Seit der Ermordung dieses Professors wurden 80 Untersuchungen zum Online-Hass eingeleitet. All jene, die in entschuldigender Weise erklärten, dass dieser Professor es verdient hatte“, sagte Innenminister Gérald Darmanin.

„Soziale Netzwerke haben einen sehr wichtigen Einfluss auf die Verbreitung von Hass“.

Nach Ansicht der Union des étudiants juifs de France würde das Internet den Hass verstärken. Im vergangenen August attackierte der Verband Twitter wegen seiner mangelnden Kontrolle. UEJF-Anwalt Stéphane Lilti erklärt: „Jeden Tag erhalten sie Berichte. Sie erhalten Berichte über illegale Inhalte. Wir sehen, dass Tweets niemals zurückgezogen werden. Dies ist ein Beweis dafür, dass soziale Netzwerke eine sehr wichtige Rolle bei der Verbreitung von Hass spielen“. Die französische Politikerin Laetitia Avia versuchte 2019, die Gesetzgebung zu Hassinhalten zu verschärfen. Ihr Gesetzentwurf sah die Rücknahme von Veröffentlichungen innerhalb von 24 Stunden vor, aber der Gesetzestext wurde vom Verfassungsrat teilweise abgelehnt.